

Beratungsfolge Vorlage ist für alle hier angegebenen Sitzungen bestimmt	Sitzungstermin
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Kultur, Städtepartnerschaften und Tourismus	01.10.2024

**Gedenkorte und Stolpersteine in Haan - Antrag der SPD Fraktion WLKSTA vom
20.02.2024**

Beschlussvorschlag:

Der WLKSTA nimmt zur Kenntnis, dass mit den bestehenden personellen Kapazitäten der Stadtverwaltung sowie in der aktuellen haushälterischen Situation eine Umsetzung des Antrags nicht realisierbar ist.

Beschluss nach Beratung

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hatte zur Sitzung des WLKSTA am 20.02.2024 einen Antrag gestellt, „im Stadtbild einen geeigneten Ort des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Haan und Gruiten zu identifizieren und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Zudem ergeht ein Prüfauftrag, inwieweit weitere Standorte für „Stolpersteine“ im Rahmen des entsprechenden Projekts des Künstlers Gunter Demnig in Frage kommen“.

Die Recherche des Stadtarchivs hat folgenden Stand ergeben:

Eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Haan und Gruiten existiert nicht. Die Mahnmale in Haan (Karl-August-Jung-Platz) und Haan-Gruiten (Thunbusch Park) sind allgemein gehalten und nicht diesem speziellen Gedenken zugeordnet.

Die im Stadtarchiv für diesen Antrag vorgenommenen Vorrecherchen ergaben, dass eine systematische Erforschung der Opfer des Nationalsozialismus für das heutige Stadtgebiet fehlt. Dazu müssten im Stadtarchiv und anderen relevanten Archiven Quellen und die vorhandene Literatur strukturiert ausgewertet werden.

Die bisherigen sehr unterschiedlichen Veröffentlichungen von Presseartikeln über stadtgeschichtliche bis hin zu Beschäftigungen mit bestimmten Opfern des Nationalsozialismus ermöglichen ein ungefähres Bild. So kann man davon ausgehen, dass aus oder in dem heutigen Stadtgebiet Menschen aufgrund ihrer Abstammung, ihrer religiösen Zugehörigkeit, ihrer politischen Überzeugungen, im Rahmen der Euthanasie sowie eine große Anzahl von Zwangsarbeiter_innen systematisch verfolgt und teilweise auch ermordet wurden. Bisher fehlt jedoch eine wissenschaftliche Grundlage, um den einzelnen Menschen an einem Mahnmal oder auch weiteren außer den beiden schon bedachten Personen mit Hilfe von Stolpersteinen gedenken zu können.

Zur Identifizierung geeigneter Gedenkorte oder Weiterentwicklung der bestehenden Gedenkorte ist eine grundlegende und sehr zeitaufwändige Aufarbeitung der Stadtgeschichte im Nationalsozialismus notwendig. Ebenso ist eine umfangreiche, systematische Recherche in den Zentral- und Landesarchiven notwendig, um weitere Schicksale im Rahmen der Stolpersteine zu erschließen.

Die notwendige wissenschaftliche Recherche geht weit über die personellen Kapazitäten des Stadtarchivs hinaus, würde sich über mehrere Jahre hinziehen und darüber hinaus den Sachverstand eines Historikers erfordern. Somit sieht die Stadtverwaltung dieses Projekt – so wichtig das Thema ist – nur mit externer Unterstützung und zusätzlichen finanziellen Mitteln realisierbar.

Finanz. Auswirkung:

Da die Recherche und Aufarbeitung der Stadtgeschichte im Nationalsozialismus sowie die Erarbeitung von Gedenkorten nicht mit eigenen personellen Kapazitäten der Stadtverwaltung zu stemmen sind, wäre dies nur durch eine Projektstelle oder externe Umsetzung über einen längeren Zeitraum realisierbar. Die aktuelle angespannte haushälterische Situation lässt jedoch beides nicht zu.

Die Ausschreibung und Umsetzung eines Mahnmals, das der Sensibilität des Themas gerecht wird und einen Mehrwert für das Stadtbild bringt, schätzt die Verwaltung auf mind. 25.000 € (Materialkosten, Anfertigungskosten, Künstlerhonorar, Aufstellungskosten) ohne weitere Recherchearbeit eines externen Historikers.

Nachhaltigkeitseinschätzung:

entfällt

Anlagen:

- Antrag SPD_310124_Gedenken Opfer des Nationalsozialismus